

Inserate
werden angenommen
in Bosen bei der Expedition
der Zeitung. Wilhelmstr. 17.
Zuf. D. Schell, Hoflieferant,
Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke,
alte Kellerei, in Firma
J. Hermann, Wilhelmplatz 8.
Verantwortlicher Redakteur:
C. Fontane
in Bosen.

Posener Zeitung

Neunundneunzigster Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Bosen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
Kub. Mosse, Saalfeldstr. 10. u. 11.
G. L. Pande & Co., Invalidenstr.
Verantwortlich für den
Inseratenteil:
J. Klugkist
in Bosen.

Nr. 176

Donnerstag, 10. März.

1892

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

28. Sitzung vom 9. März, 11 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die Beratung des Kultusetats wird fortgesetzt bei dem Titel „Zuschüsse für die vom Staat zu unterhaltenden Anstalten.“

Abg. Dr. v. Jazdzewski (Pole) verlangt eine Berücksichtigung der polnischen Sprache im Unterricht für die polnischen Schüler der höheren Lehranstalten.

Geh. Rath Stauder erwidert, daß die Regierung sich darauf nicht einlassen könne.

Abg. Dr. Meyer (dfr.) Das West-Gymnasium in Schöneberg bei Berlin ist als Berliner Gymnasium gedacht worden. Es wird von Berliner Kindern besucht, die Lehrer wohnen zum größten Theil in Berlin. Nichtsdestoweniger beziehen die Lehrer nicht dasselbe Gehalt und denselben Wohnungszuschuß wie die Berliner Lehrer. Diefem Mißstand möge der Finanzminister, der mir immer ein wohlwollender Gönner gewesen ist, abhelfen und wenigstens den Lehrern des Westgymnasiums den Wohnungszuschuß für Berlin gewähren.

Geh. Rath Gernar entgegnet, daß die Regelung dieser Frage im Sinne des Vorredners auf Schwierigkeiten stoßen würde, da alle andern Vororte mit gleichen Ansprüchen kommen könnten.

Abg. Dr. v. Jazdzewski betont nochmals die Nothwendigkeit einer Berücksichtigung der polnischen Sprache an den höheren Lehranstalten der polnischen Landestheile. Namentlich auf der Unterstufe müßte der polnische Unterricht berücksichtigt werden. Zu diesem Behufe würde eine Trennung der deutschen und polnischen Kinder auf der Unterstufe angebracht sein.

Geh. Rath Stauder erwidert, daß Maßregeln getroffen seien, um den Schülern die praktische Erlernung der polnischen Sprache zu ermöglichen. Eine Trennung der Schüler sei aus diesem Grunde gerade nicht empfehlenswerth.

Abg. Mooren (Ztr.) glaubt, daß der Wunsch des Abg. Meyer nicht berechtigt sei. Mit Staatszuschüssen müßten vor Allem diejenigen Kommunen bedacht werden, welche hohe Kommunalsteuern aufzubringen gezwungen sein würden.

Abg. Büchhoff (rt.) schließt sich den Wünschen des Abg. Meyer vollkommen an.

Geh. Rath Gernar erwidert, daß eine Regelung der Einzelfälle nicht angebracht sei, daß vielmehr eine allgemeine Regelung stattfinden müsse.

Abg. v. Gynern (ntl.) meint, daß Berlin an sich zu sehr bevorzugt sei in Bezug auf Aufwendungen für höhere Lehranstalten; denn es habe schon jetzt eine große Anzahl von Gymnasien, die vom Staate unterhalten werden. Berlin scheint auch einzusehen, daß es gewisse Verpflichtungen übernehmen muß. Denn nach dem „Berliner Tageblatt“ schweben Verhandlungen über Aufwendungen der Stadt Berlin für den Dombau.

Abg. Dr. Kropatschek (konf.) befreit, daß der Staat für die Errichtung höherer Lehranstalten in Berlin zu viel gethan habe. Dagegen könne er dem Wunsche des Abg. Dr. Meyer auf Erhöhung des Wohnungszuschusses für die Lehrer in den Vororten nicht beistimmen, da sonst die richterlichen Beamten mit denselben Ansprüchen hervortreten würden.

Abg. Knörcke (dfr.): Es macht einen komischen Eindruck, wenn man Berlin den Vorwurf macht, daß es für höhere Lehranstalten zu wenig thut. Weit mehr kann man dem Staate diesen Vorwurf machen.

Abg. Dr. Meyer: Ich weiß nicht, was die Frage des Dombaus mit den Schulfragen zu thun hat. Aber mit der Anregung dieser Frage hat Herr v. Gynern ein gewisses Verständnis für Berliner Verhältnisse bewiesen. Es giebt ein altes Stück, in dem der Eidensteiner Rante vor Gericht erklärt, daß er den Prozeß nicht gewinnen wolle, daß dieser aber wenigstens schweben solle. Ebenso scheint die Auffassung des Abg. v. Gynern über das Schweben der Verhandlungen in der Dombaufrage zu sein. Ich hoffe, daß Herr v. Gynern mit der Zeit noch ganz einer der Unseren sein wird. Ich werde für diesen Tag eine besondere Guirlande winden lassen. (Heiterkeit.) Berlin hat im Verlauf von 40 Jahren 8 Gymnasien, 7 Realgymnasien und eine Oberrealschule gegründet. Ueber diese Verfassung kann man doch nicht mit Achselzucken hinweggehen. Außerdem sind in den letzten zehn Jahren 7 höhere Bürgerschulen gegründet worden.

Abg. Dr. Virchow (df.): Die Errichtung höherer Lehranstalten ist die Aufgabe des Staates. Die Städte haben es sich aber angeeignet sein lassen, solche Anstalten zu bauen, um ihrer Bevölkerung Gelegenheit zu geben, sich für die Anforderungen zum einjährig-freiwilligen Militärdienst vorzubereiten. Man verfuhrte, eine Theilung zwischen Staat und Städten in der Errichtung höherer Lehranstalten hervorzubringen. Es wird Berlin immer der Vorwurf gemacht, daß es weniger aufwendet als Paris. Nach dem Etat der Stadt Paris ist das nicht richtig. Berlin wendet weit mehr für gemeinnützige und wissenschaftliche Zwecke auf. Der komische Provinzialneid gegen die Stadt Berlin stammt aus einer Zeit, wo Berlin noch nicht viel größer war als die Provinzialstädte. Jetzt ist das doch aber anders. Wo wollen Sie in der Provinz die großen Anstalten schaffen, die wir in Berlin haben müssen? Jedes Reich bedarf doch eines gewissen Mittelpunktes, wo der Sitz der Dynastie und der obersten Behörden ist. Will Herr v. Gynern diese Institute wo anders als nach Berlin verlegen?

Abg. v. Gynern: Dem Provinzialneid steht der großstädtische Hochmuth gegenüber, als ob alle Intelligenz sich in Berlin versammeln müßte. Ich habe keinen Vorwurf gegen Berlin erheben wollen, als ob es zu wenig für höhere Lehranstalten thäte, sondern nur sagen wollen, daß es durch die 6 staatlichen Gymnasien vor anderen Städten bevorzugt ist. Die Ausführungen des Abg. Meyer über ein altes Berliner Stück und seine frühere Ausführung des Verfalls eines Wiener Komikers beweisen mir, welche Literatur er bevorzugt. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Meyer: Die Literatur, von der Herr v. Gynern

gesprochen hat, wird mir nur ins Gedächtniß zurückgerufen, wenn ich ihn sprechen höre. (Heiterkeit.)

Abg. Pleß (Ztr.): Die Berliner zeigen eine ganz unberechtigte Geringschätzung der Provinzialen, und doch läßt Berlin vieles unausgeführt, was auszuführen seine Pflicht wäre.

Kultusminister Graf Redlich-Trübschler: Ich kann mich dem Urtheile meines Amtsvorgängers über die hervorragenden Leistungen Berlins für die höheren Lehranstalten nur anschließen und freue mich, dem hier Ausdruck geben zu können. Was die Wünsche des Abg. v. Jazdzewski betrifft, so kann denen nicht willfahren werden. Eine Trennung der Schüler nach ihrer Sprache würde die höchsten pädagogischen Nachtheile mit sich führen.

Abg. Dr. Virchow (dfr.): Herr Pleß ging mit einer sehr dramatischen Wendung ab, als ob er wer weiß was gesagt hätte. Ich erlaube mir die ausdrückliche Frage an ihn, ob er weiß, wovon er eigentlich gesprochen hat. (Heiterkeit.) Wir haben uns gewiß angestrengt, unsere Pflicht zu thun, und der Finanzminister muß anerkennen, daß nirgends die Einschätzung so streng ist als die unsere. Die Herren mögen uns doch genau sagen, worin unsere Schuld liegt.

Abg. Richter (dfr.): In der That muß man bei solchen Anschuldigungen doch sagen, was man denn will, bringen Sie doch konkrete Forderungen, was Berlin thun soll. Wir Nicht-Berliner wollen ja gern die Sache mit Ihnen in Erwägung ziehen. Daß Paris soviel für Staatszwecke aufwendet, habe ich nicht finden können, aber umgekehrt, daß der Staat dort sehr viel für die Stadt aufwendet.

Abg. Pleß (Ztr.): Die Mehrheit der Mitglieder hat mich wohl verstanden. Ich meine, daß die Herren, die in der Regierung leben, sich ihrer Pflicht nur soweit bewußt sind, wie sie dazu gezwungen sind, sonst aber alles möglichst vom Halbe halten. Ich erinnere nur an das Widerstreben gegen das Polizeikostengesetz.

Abg. von Gynern (natlib.) bezieht sich für seine gestrigen Äußerungen über Paris auf eine offizielle französische Zusammenstellung.

Abg. Knörcke (dfr.): Ich weise den Vorwurf zurück, daß die Berliner nur das thun, was sie unbedingt müssen. Gerade in Bezug auf das höhere Schulwesen hat Berlin so viel geleistet wie keine andere Stadt, und die Anerkennung des Kultusministers auf diesem Gebiete wiegt für uns hier schwerer als die Worte des Herrn Pleß.

Abg. Virchow: Die Ausführungen von Herrn Pleß sind noch immer ganz unsubstanzvoll. Der Widerstand gegen das Polizeikostengesetz, das Berlin mit 2/3 Millionen mehr plötzlich belastet, ist doch ganz natürlich; wir können uns doch nicht so ohne Weiteres, wie Manlius Curtius, mit dem Stadthädel in den Schlund des Finanzministers stürzen (Heiterkeit). Im Uebrigen aber bewege sich Herr Pleß in einem vollständig traumhaften Zustande in seinen Vorhaltungen (Heiterkeit).

Abg. Schmeller (nl.): Ich will auf diesen Streit nicht eingehen. Aber ich möchte darauf aufmerksam machen, daß sämtliche höhere Lehranstalten Berlins überfüllt sind. Das ist ein Uebelstand, und Stadt und Staat würden am besten thun, wenn sie gemeinsam diesem Uebelstande abhelfen suchen würden.

Abg. Richter (dfr.): Aus dem Buch, welches v. Gynern anführt, kann ich diejenigen Schlüsse nicht ziehen wie Abg. v. Gynern. Nicht bloß Paris, sondern auch Grenoble und Lyon machen große Aufwendungen für Schulzwecke.

Abg. v. Gynern: Ich habe das Buch Monate lang in Händen und auf Grund eines langen Studiums meine Ausführungen gemacht. Herr Richter hat es 5 Minuten und fällt ein Urtheil. Da kann ich nur sagen: Schnell fertig ist die Jugend mit dem Wort. (Heiterkeit.)

Darauf wird der Titel bewilligt.

Zu Tit. 3 „Zuschüsse für die vom Staate und anderen zu unterhaltenden Anstalten“ verlangt

Abg. Sombart (nl.), daß die mit den Ober-Realschulen verbundenen Fachschulen dem Handelsminister unterstellt werden, während die Ober-Realschulen selber nach wie vor zum Ressort des Kultusministers gehören sollen.

Geh. Rath Dr. Wehrenfennig erwidert, daß die Regierung dem gewerblichen Schulwesen ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Die Erfüllung des vom Vorredner angeregten Wunsches sei sehr schwierig, werde sich aber hoffentlich doch als durchführbar erweisen.

Der Titel wird bewilligt.

In Tit. 5 „Zur Durchführung des Normalsetats vom Jahre 1892 für Direktoren und Lehrer bei den vom Staate ganz oder theilweise unterhaltenen Anstalten“ wird eine Summe von 1 400 000 M. gefordert.

Zur Veranlagung wird dabei der Normalsetat selbst gestellt. Danach sollen die Gehaltsverhältnisse der Direktoren an den Vollanstalten derart geregelt werden, daß für Berlin das Höchstgehalt 6600 Mark, in Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern 5100 bis 6000 M., in den übrigen Städten 4500–6000 M. betragen soll. Für Direktoren von Anstalten, welche weniger als 9 Klassen haben, soll das Gehalt betragen: in Städten von mehr als 50 000 Einwohnern 4500–6000 M., in den übrigen Städten 4500–5400 M. Die definitiv angestellten Lehrer sollen in bestimmten Zeiträumen aufsteigend von einem Anfangsgehalt von 2100 M. bis zum Höchstgehalt von 4500 M. aufsteigen.

Die Kommission schlägt vor, die Forderung zu genehmigen, zugleich jedoch das Ersuchen an die Regierung zu stellen, auch die über 4 Jahre hinausgehende Thätigkeit als remunirter Hilfslehrer für anrechenbar zu erklären.

Die Abg. Korsch und Kropatschek (konf.) beantragen einen Zusatz zu dieser Resolution, wonach von der früheren Dienstzeit des Leiters einer Anstalt als wissenschaftlicher Lehrer ein solcher Theil als anrechenbar erklärt werden soll, daß ihm in seiner Stellung als Leiter ein gleich hoher Gehalt gewährt werden kann, wie er sonst als wissenschaftlicher Lehrer erhalten hätte.

Zum Normalsetat selbst liegen folgende Anträge vor:

Ein Antrag Dr. Meyer (df.) verlangt, daß die Lehrer in den Vororten Berlins mit denen in Berlin gleichgestellt werden.

Ein Antrag Sperlich (Ztr.) verlangt die Gleichstellung der Direktoren in den Provinzialstädten mit denen in Berlin. Sodann soll das Dienstalter vom Ablauf dreier Jahre nach Beendigung des Probejahres angerechnet werden.

Ferner will ein Antrag Dr. Kropatschek das Aufsteigen der Direktoren nicht in Zwischenräumen von 7, 14, 20, sondern in 5, 10 und 15 Jahren.

Außerdem liegen folgende Resolutionen vor:

Die Abg. Korsch und Kropatschek verlangen eine Gleichstellung der Lehrer an den höheren Lehranstalten mit den Richtern erster Instanz.

Die Abg. Dr. Graf, Dürre und v. Schenkendorff verlangen, daß die mit dem Normalsetat herbeigeführte Verbesserung in den Einkommensverhältnissen der Lehrer an den höheren Lehranstalten nicht als abgeschlossen zu erachten ist, daß der Normalsetat auch für die Lehrer an den nichtstaatlichen höheren Lehranstalten durchgeführt werde, daß die durch die Organisation der Schulen notwendig gewordenen neuen Stellen mit definitiv angestellten Lehrern besetzt werden. Ferner soll den Lehrern auch ihre über 3 Jahre hinausgehende Dienstzeit als wissenschaftliche Hilfslehrer angerechnet werden.

Kultusminister Graf v. Redlich-Trübschler, erklärt, daß er alle in der Kommission vom Regierungsvertreter gemachten Zusagen erfüllen werde. Die Zulage von 900 M. soll prinzipial jedem Lehrer mit einem Vollzeugniß gewährt werden. Ueber die Ausdehnung des Normalsetats auf die Lehrer an den nichtstaatlichen Anstalten schweben Verhandlungen, welche hoffentlich zur Vorlage eines entsprechenden Entwurfs noch in dieser Session führen werden.

Finanzminister Dr. Mügel: In diesem Etat sind zu Gunsten der Lehrer Gehaltsverbesserungen vorgenommen worden, während für die übrigen Beamten die Fortführung der Besoldungsverbesserung in diesem Etat nicht stattfand. Aber die Finanzverwaltung mußte sich zu diesem Schritte veranlaßt sehen, weil die Verhältnisse der Lehrer hinter denen anderer Beamten weit zurückgeblieben waren. Wäre das so fortgegangen, so wäre mit der Zeit ein Mangel an Philologen eingetreten. Daß wir volle Zufriedenheit damit schaffen, glauben wir allerdings nicht, und es besteht nicht die Absicht, die Gehaltsverhältnisse der Lehrer nunmehr als vollkommen abgeschlossen zu betrachten. Gegenüber den Anforderungen der Finanzverwaltung ist aber außerhalb des Hauses nicht genügend Objektivität gewahrt worden. Bin ich doch sogar persönlich nicht von Vorwürfen frei geblieben, und hat man mir doch sogar in einem pädagogischen Blatte die Barbarei zugetraut, daß ich mit der Absicht umgehe, die höheren Lehrer mit den Fürstern gleichzustellen.

Was hier geleistet wird, ist nichts Unbedeutendes. Denn der Staat soll 1 400 000 M. mehr aufwenden. Die Gehälter der preussischen Lehrer werden nunmehr höher sein als in den meisten anderen deutschen Staaten (Hört! hört! rechts). Eine vollständige Gleichheit der Lehrer mit den Richtern kann ich nicht befeuern. Diese mechanische Gleichstellung würde oft gegenüber den thatsächlichen Verhältnissen auf besondere Schwierigkeiten stoßen. Wir bitten, die bestehende Beunruhigung nicht durch fortwährende neue Anträge zu vermehren, das liegt auch nicht im Interesse des Landtages. Das Haus und die Lehrer mögen überzeugt sein, daß die Regierung für die Lehrer von größtem Wohlwollen erfüllt ist.

Die Finanzverwaltung hat keinen leichten Standpunkt. Wenn der Kultusminister mit Anforderungen kommt, so kommen auch gleich alle anderen Ressorts. Die Finanzverwaltung muß die gesamten Verhältnisse in Berücksichtigung ziehen.

Alle Anträge auf Abänderung des Normalsetats bitte ich abzulehnen. Solche Anträge sind formell auch gar nicht zulässig. Denn der Normalsetat ist kein Gesetzesentwurf, sondern nur eine Denkschrift, durch deren Vorlage die Regierung die moralische Verpflichtung übernimmt, den Fonds nach Maßgabe der aufgestellten Grundsätze zu verwenden. Wir wären sehr gern bereit, alle Stellen nur mit definitiv angestellten Lehrern zu besetzen. Die Regierung nimmt in dieser Frage dieselbe Stellung ein wie in der Frage der Diäten. Hoffen und wünschen wir, daß nunmehr Ruhe und Zufriedenheit in den Kreisen der höheren Lehrer eintritt.

Abg. Knörcke (df.): Der Finanzminister ist im Irrthum, wenn er meint, daß er keine Anerkennung gefunden hat. Es ist überall anerkannt worden, daß Dankenswerthes gebracht worden ist. Aber es schließt doch nicht aus, daß man weitere Wünsche zum Ausdruck bringt. Da gebe ich mich denn der Hoffnung hin, daß das, was geschieht, nur eine provisorische Bedeutung hat; denn das, was hier geboten wird, genügt den Bedürfnissen nicht. Die Verbesserung der Direktoren ist nicht genügend, denn es kann vorkommen, daß ein Oberlehrer mehr Gehalt bezieht als der Direktor. Solche Fälle sind auch gar nicht selten. Vor Allem haben wir Bedenken dagegen, daß die Regierung an die Ausführung des Normalsetats nicht gebunden ist, daß es in ihrem Belieben steht, wie sie den Etat zur Ausführung bringen will. Es kann vorkommen, wie es ja auch früher geschehen ist, daß Funktions- und Dienst-Alterszulagen nach Maßgabe der politischen Gesinnung gewährt werden. Von einem konservativen Direktor ist mir selber gesagt worden, daß bei der Gewährung einer Zulage an einen Oberlehrer der Oberpräsident um die politische Gesinnung desselben gefragt habe. (Rufe rechts: Namen nennen!) Es wird durch ein solches diskretionäres Ermessen der Regierung ein Streben um großgezogen werden. Daher würde es sich empfehlen, die Grundsätze des Normalsetats auch etatsrechtlich zu fixieren. Daß mit der Erhöhung der Lehrer eine Erhöhung des Schulgeldes verbunden ist, erregt auch große Bedenken. Sie trifft die Eltern besonders schwer in einer Zeit, wo die neue Einkommensteuer mit der Härte der Steuerdeklaration eingeführt ist.

Durch den neuen Normalsetat wird die Stellung der Hilfslehrer verschoben. Hilfslehrer sollen auch nur Kräfte sein, die in Nothfällen benutzt werden. Auch hier wird eine Ein-

richtung getroffen, die dem Begriff des Hilfslehrerthums widerpricht. Es kann vorkommen, daß ein Lehrer zehn Jahre Hilfslehrer ist und dann bei seiner definitiven Anstellung ein Anfangsgehalt von 2100 M. erhält, während sein glücklicherer Kollege schon 3600 Mark bezieht. Den Hilfslehrern muß wenigstens die ganze Dienstzeit angerechnet werden. Ich hoffe, daß alle Forderungen von der Regierung berücksichtigt werden. (Beifall links.)

Abg. Dr. Graf (nl.) tritt zunächst für die Resolution Kropatschek ein, welche die Lehrer den richterlichen Beamten gleichstellen will. Eine solche Gleichstellung sei angesichts des gleichen Bildungsganges durchaus geboten. Einen direkten Widerspruch hat keiner der beiden Minister gegen unsere Resolution (Dürre) erhoben. Daß mit dem neuen Normaletat ein Abschluß geschaffen sein soll, dagegen muß man sich entschieden verwahren. Es ist noch nicht Alles erreicht, was man erreichen muß. Für ebenso nothwendig halten wir die definitive Anstellung der Lehrer. Das Bedürfnis hierfür ist allgemein anerkannt. Das Verhältnis zwischen Hilfslehrern und ordentlichen Lehrern ist ein durchaus abnormes. Ebenso entspricht es einer Forderung der Gerechtigkeit, daß den Hilfslehrern ihre ganze Dienstzeit angerechnet wird, ebenso wie den richterlichen Beamten ihre Affektzeit angerechnet wird. Ich bitte, die Resolution Dürre anzunehmen.

Minister Dr. Miquel erklärt, daß das Verhältnis der Hilfslehrer zu den definitiv angestellten Lehrern kein abnormes, sondern ein ganz richtiges ist. Anders verhalte es sich bei den Kommunalanstalten, und hier werde auf irgend eine Weise eine Besserung eintreten müssen.

Abg. Dr. Dürre (nl.): Der Normaletat enthält viel Gutes und in mancher Beziehung einen wesentlichen Fortschritt. In mancher Beziehung bleibt er aber hinter dem Erwarteten und Nothwendigen zurück. Einen Abschluß können aber die gegenwärtigen Maßnahmen nicht bilden. Wir werden noch weiter gehen müssen, wenn wir nicht wollen, daß Mißbehagen und Hoffnungslosigkeit den Lehrerstand ergreift. Daß die Verbesserung der Lehrer auf Grund der Erhöhung des Schulgeldes erfolgt, ist geeignet, einen Mißklang in dem Verhältnis zwischen Eltern und Schülern hervorzurufen, der der idealen Seite der Schule zum Schaden gereichen könnte. Die Gleichstellung der Lehrer mit den Richtern ist eine Forderung, die nie verwirklicht wird. Die Regierung muß zu dieser Frage schon jetzt Stellung nehmen. Was den Normaletat speziell betrifft, so erregt die Unterscheidung zwischen Leitern und Lehrern an Vorkursen und an sechsklassigen Schulen Bedenken; denn die Vorbildung ist eine gleiche. Der Staat hat Jahre lang, ebenso wie die Kommunen, die Kräfte der Hilfslehrer ausgenutzt und ihnen das Leben verleidet. Es wäre sogar interessant zu erfahren, wie viele von ihnen als Redakteure sozialdemokratischer Zeitungen thätig sind. Der Staat hat Jahre lang genug gerade an den Hilfslehrern gespart. Nun ist es seine Pflicht, alle Stellen möglichst mit definitiv angestellten Lehrern zu besetzen und zugleich den Hilfslehrern, die das selbe leisten, wie die ordentlichen Lehrer, ihre ganze Dienstzeit bei Bemessung der Dienstalterszulagen anzurechnen. Die Gleichstellung der Lehrer an nichtstaatlichen Anstalten, mit denen an den staatlichen Anstalten hat das Haus jetzt jeder befürwortet, und so hoffe ich, daß dieser Theil unserer Resolution ebenso wie die übrigen Theile angenommen werden wird.]

Kultusminister Graf v. Zedlitz-Trützschler: Die Regierung muß die Gewährung der 900 Mark Zulage nach eigenem Ermeßen erfolgen lassen. Das bedingt die Nothwendigkeit, die Lehrer nach dem Bedürfnisse auszuwählen. Daß politische oder sonst welche Gesichtspunkte dabei maßgebend sein sollten, brauchen Sie nicht zu befürchten. Wenn schon eine Unterrichtsverwaltung so pflichtvergessen sein sollte, so können Sie doch nicht dem Lehrer zutrauen, daß er wegen 900 Mark seine Gesinnung ändere.

Nach der Finanzlage des Staates war die Verbesserung der Lehrergehälter ohne Erhöhung des Schulgeldes nicht möglich. Diese Erhöhung ist aber auch kein unbilliger Schritt. Es handelt sich hier nur um eine Frage der Zweckmäßigkeit, und es ist doch nicht unzumuthig und unrichtig, die Eltern in höherem Maße heranzuziehen, wenn auch Staat und Kommune mit höheren Beiträgen belastet werden. Die Familien werden nicht einmal in demselben Prozenttag zu den Mehrkosten herangezogen wie Staat und Kommune. Der Standard of life hat sich auch gehoben, daß die Erhöhung des Schulgeldes gerechtfertigt ist.

Gern würde ich es haben, daß alle Lehrerstellen definitiv seien. Aber dagegen spricht die harte Nothwendigkeit der Thatfachen. Außer der Finanzlage kommt auch die große Anzahl von Kandidaten in Betracht. Es giebt nur 4900 Lehrerstellen, denen durchschnittlich 1901 Kandidaten gegenüberstehen. Wohl ist zuzugeben, daß bedauerlicherweise viele gute Kräfte dem Unterrichtshande verloren gehen, aber andererseits sind auch eine Anzahl Kräfte unter den verlorenen, die weder durch Wissen, noch durch Begabung auf besonderes Vorkommen im Unterrichtsfache hätten Anspruch machen können. Aber das Verhältnis der Hilfslehrer zu den definitiv angestellten ist durchaus nicht so schlimm. Nach einer mir vorliegenden Aufstellung kommen die Lehrer etwa 4-5 Jahre nach Ablegung des Probejahrs zur definitiven Anstellung. Das sind doch keine entsetzlichen Verhältnisse. Allerdings giebt es innerhalb dieser Durchschnittszahl große Differenzen. Während mancher schon im ersten Jahre angestellt wurde, hat mancher 9 Jahre warten müssen. Ein gleichmäßiges Aufsteigen nach der Anciennität ist aber ganz unmöglich. Das würde häufige und viele Veränderungen zur Folge haben, die weder im Interesse des Unterrichts noch im Interesse der Lehrer liegen. Sodann muß man die Verschiedenheit der Fakultäten berücksichtigen. Auch die praktische Bewährung im einzelnen Fall, das Gineinpassen in die einzelnen Verhältnisse kommt ebenso in Betracht. Die Unterrichtsverwaltung kann sich nur beschränken, persönliche unberechtigte Benachteiligungen zu vermeiden. Es ist mir auch kein Fall bekannt, daß ein Lehrer aus anderen als sachlichen Gründen angestellt resp. übergegangen wurde. Der Gehaltsunterschied zwischen den Direktoren der Vorkursen und der sechsklassigen Schulen ist durchaus berechtigt. Denn wenn der Direktor einer sechsklassigen Schule zum Direktor einer Vorkursanstalt befördert wird, so muß er doch auch ein höheres Gehalt bekommen.

Die innere Berechtigung der Gleichstellung der Lehrer mit den Richtern hat die Regierung anerkannt. Aber vor allen Dingen kommt es zunächst darauf an, die schwersten Schäden zu heben. Was hier den Lehrern geboten wird, ist ein erheblicher Fortschritt. (Beifall.)

Darauf verlegt das Haus die Fortsetzung der Debatte auf Donnerstag 11 Uhr. Schluß 3¹/₂ Uhr.

Deutscher Reichstag.

191. Sitzung vom 9. März, 12 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die zweite Staatsberatung wird fortgesetzt mit der Debatte über den Etat der Zölle und Verbrauchssteuern und den dazu vorliegenden Antrag Menzer auf Erhöhung des Tabakzollses von 85 auf 125 M. pro 100 Kilogr.

Die Abg. Brünnings (nl.) und Clemm (nl.) treten im Interesse der kleinen Tabakbauer in ihrer pfälzischen Heimath für die Erhöhung des Tabakzollses ein. Der deutsche Tabak könne trotz guter Qualität sich gegen die Schleuderpreise des ausländischen Tabaks nicht behaupten. Der Tabakbau sei aber namentlich für die

kleinen Bauern in der Pfalz eine Lebensfrage, während die Tabakindustrie durch die Zollerhöhung in keiner Weise berührt werde.

Abg. Barth (fr.): Nach den Ergebnissen der Statistik hat sich die Lage der deutschen Tabakbauer seit zehn Jahren nicht zu ihren Ungunsten verschoben, weder was die bebaute Fläche noch was die Preise betrifft. Der Antrag kann also nicht damit motiviert werden, daß gerade in der letzten Zeit die Verhältnisse besonders mißlich sich gestaltet hätten. Aber wenn dies auch zuträfe, so würde der Vorschlag des Antrages doch nicht geeignet sein, Abhilfe zu schaffen, da der alsdann auf der anderen Seite dem Gesamtinteresse erwachsende Schaden ganz unverhältnismäßig größer sein würde. Es handelt sich hier um zwei Objekte, welche zwar denselben Namen haben, aber in ihrer Dualität so verschieden wie möglich sind, den einheimischen und den ausländischen Tabak. Die hier vorgeschlagene Maßregel zwingt durch künstliche Preissteigerung den Konsumenten, dem ausländischen Tabak zu entgehen und aus reiner Verzweiflung sich an den bis dahin von ihm verschmähten inländischen Tabak heranzumachen. Der inländische Tabakbau hat es zu einer rationalen Basis überhaupt noch nicht gebracht. Tritt der höhere Zoll ein, dann würde man die besseren Sorten bevorzugen beim Anbau, und die geringeren Sorten würden noch schlechter gestellt sein. Der Zweck des Antrages wäre also ganz verfehlt. Wir halten ihn nach allen Richtungen für verwerflich und vertrauen, daß die Regierung auf demselben Standpunkt steht, nicht zu Gunsten eines so fragwürdigen Experimentes einen Eingriff in die ganze Industrie zu unternehmen. Im Anschluß an den Titel „Zölle“ darf ich noch kurz darauf hinweisen, daß am 6. Februar, nach dem Inkrafttreten der Handelsverträge, der Weizenpreis — über Roggen läßt sich wegen der russischen Verhältnisse nichts sicheres sagen — in Berlin 201,7 M., in London rund 170,9 M., die Differenz also 31 M. betrug; drei Monate früher waren die Preise in London rund 194, in Berlin 240 gewesen, die Differenz betrug also 46 M. Diese Differenz ist genau um 15 M. zurückgegangen, genau um so viel, als die Zollermäßigung beträgt. Damit ist der Beweis geliefert, daß der Zoll voll und ganz von inländischen Konsumenten getragen wird, daß er um den vollen Betrag das Korn vertheuert und daß also die Forderung der Abschaffung jedes Getreidezollses immer wieder erhoben werden muß. Ebenso läßt sich heute ziffermäßig genau nachweisen, daß derselbe Einfluß sich auch in den Brotpreisen ausdrückt. Diese neueren Forschungen über die Wirkung der Getreidezölle sind einfach unwiderleglich. Unter diesen Umständen müssen wir an die verbündeten Regierungen immer wieder die Aufforderung richten, die Frage der vollständigen Beseitigung der Getreidezölle nicht aus den Augen zu lassen. Der Reichskanzler soll dieser Lage erklärt haben, er denke nicht daran, die Getreidezölle weiter zu ermäßigen; aber fata nolentem trahunt, die Ereignisse werden ihn dazu zwingen, wenn er nicht will, daß dieser Splitter aus dem Fuß des deutschen Volkes nicht in einem langwierigen Prozeß heraus-eitern soll.

Reichssekretär Frhr. v. Maltahn: Für den Preisrückgang seit dem 1. Februar war von Bedeutung das Gineintrömen der in Erwartung des Abschlusses der Handelsverträge zurückgehaltenen Getreidemengen über die Grenze (Sehr richtig! recht!).

Den Antrag Menzer werden die verbündeten Regierungen, falls er im Reichstage zur Annahme gelangen sollte, in Erwägung nehmen; über die Stellung der verbündeten Regierungen zu demselben kann ich noch nichts sagen. Im vorigen Jahre wurde dieser Antrag vom Reichstag zwar abgelehnt, aber das Haus war damals auch nicht in stärkerer Zahl verammelt als heute (Heiterkeit!).

Abg. Dr. Büßlin (nl.) führt zu Gunsten des Antrages aus, daß die Zollerhöhung nicht eine Ueberproduktion des deutschen Tabaks, sondern eine Verbesserung seiner Qualität zur Folge haben werde. Besonders habe der deutsche Tabakbau zu leiden unter den hohen Zöllen der anderen Staaten, welche den Export des deutschen Tabaks erschweren und den schlechten amerikanischen Tabak, der diese hohen Zölle nicht tragen könne, auf den deutschen Markt werfen.

Abg. v. Winterfeldt (l.) befürwortet ebenfalls den Antrag Menzer. Wenn die Gegner der Zollerhöhung, wie der Abg. Barth, lieber ausländischen Tabak rauchten, so sollten sie auch einen höheren Preis dafür zahlen (Abg. Dr. Barth: Ich bin Nichtraucher! Heiterkeit!).

Abg. Scivio (nl.) ist gegen den Antrag, da er von einer Zollerhöhung einen Vortheil für den deutschen Tabakbau nicht erhofft, und empfiehlt statt dieser eine Herabsetzung der inländischen Tabaksteuer.

Abg. Wolfenbühl (Soz.) ist der Ansicht, daß dem minderwerthigen deutschen Tabak auch durch einen noch so hohen Zoll nicht zu helfen sein werde. Der deutsche Tabak sei nur als Pfeifentabak zu gebrauchen. Wende sich aber der Konsum mehr von den Cigarren zum Pfeifentabak, so würde eine große Zahl von Cigarrenarbeitern brotlos werden. Die Tabaksteuer hätten die Tabakfabrikanten auf ihre Arbeiter abgewälzt. So würde auch die Zollerhöhung nur die Lage der Tabakarbeiter verschlimmern.

Abg. Dr. Höffel (Erl. Rp.) befürwortet den Antrag und empfiehlt die Einführung eines Tabakmonopols.

Abg. Dr. Orterer (Erl.) erklärt sich gegen die Erhöhung des Tabakzolls und für Ermäßigung der Tabaksteuer und polemisiert dann gegen die Ausführungen des Abgeordneten Dr. Barth zur Frage der Getreidezölle. Die heutige Rechnung sei schon duzendmal aufgemacht worden und duzendmal widerlegt worden. (Abg. Dr. Barth: Sie ist ganz neu!) In Berlin seien die Preise für Wehl und Brot in keiner Weise billiger geworden. Die Landwirtschaft klage aber schon jetzt sehr eindringlich über die Reduktion der Getreidepreise.

Abg. Broemel (bf.): Der Vorredner scheint vergessen zu haben, daß der Abg. Barth ganz bestimmte Thatfachen angeführt hat. Darüber kann kein Zweifel sein, daß die Zollerhöhung in den Handelsverträgen den Konsumenten bereits in erheblichem Maße zu Gute gekommen ist. Was den Tabak betrifft, so genießt derselbe schon heute einen beträchtlichen Zollschutz, der 133 Prozent des Wertes ausmacht. Der Antrag Menzer will diesen Betrag auf 206 Proz. erhöhen. Ich will hoffen, daß die heutige Debatte über den Tabakzoll für längere Zeit die letzte sein wird. Den Antrag Menzer bitte ich Sie abzulehnen.

Abg. v. Stumm (Rp.) erklärt wie Dr. Orterer, daß die oft wiederholten Ausführungen des Abg. Barth eine Widerlegung nicht mehr lohnten.

Abg. Dr. Barth (bf.) erwidert dem Abg. Orterer, derselbe habe auch nicht den mindesten Beweis für seine Behauptungen beigebracht. Er müsse daran festhalten, daß die Getreidezölle das deutsche Volk zu Gunsten einer kleinen Minorität von Großgrundbesitzern schwer belasteten.

Abg. Menzer (kon.) tritt in längeren Ausführungen für den Antrag auf Erhöhung des Tabakzollses ein.

Abg. Goltz (Rp.) bestreitet, daß die Getreidezölle nur einer Minorität zu Gute kämen. Sie seien vielmehr ein Vortheil für das ganze Land. Man dürfe in dieser Frage nicht einseitig den Standpunkt des Konsumenten vertreten. Dem Reichskanzler könne er für seine letzte Erklärung in dieser Frage nur dankbar sein.

Die Abstimmung über den Antrag Meyer, welche durch Auszahlung erfolgt, ergibt 93 für und 85 gegen den Antrag. Das Haus ist somit nicht beschlußfähig.

Auf eine Anfrage des Abg. v. Maffiow (kon.) erklärt Staatssekretär v. Voetischer, daß eine Novelle zum

Unterstützungswohnsitzgesetz dem Bundesrath zugegangen sei.

Die nächste Sitzung wird auf eine Viertelstunde vertagt.

In der um 5 Uhr wieder aufgenommenen Sitzung wird der Etat der Zölle und Verbrauchssteuern debattelos angenommen, ebenso die Etats der Reichsstempelabgaben, des Reichsschatzamt und alle noch rückständigen Etats.

Die hierzu vorliegenden Petitionen werden theils durch die Beschlußfassungen zu den Etats für erledigt erklärt, theils der Regierung als Material überwiesen.

Die Abstimmung über den Antrag Menzer auf Erhöhung der Tabaksteuer und über die Resolution v. Barth betr. die Auslieferungsverträge wird bei der dritten Staatsberatung stattfinden.

Der Präsident setzt darauf die nächste Sitzung auf Montag 1 Uhr an und hofft, daß der Reichstag dann in beschlußfähiger Anzahl zusammen sein werde. Durch die fortwährende Beschlußunfähigkeit werde die Fortführung der Geschäfte unmöglich gemacht und das Ansehen des Reichstages vor aller Welt herabgesetzt.

Auf die Tagesordnung wird die Konvention über die Urheberrechte und die dritte Beratung der Krankenkassen-novelle gesetzt. Schluß 5¹/₂ Uhr.

Deutschland.

□ Berlin, 9. März. Der Reichstag ist auch heute wieder beschlußunfähig gewesen. Herrn v. Levetzow läuft, was man verstehen kann, allmählich die Galle über. Er hat davon gesprochen, daß dieser Zustand uns vor dem Auslande herabsetze. Die Berufung auf das Ausland ist sonst nicht Stil im Reichstage; in diesem Falle aber erscheint sie durchaus berechtigt, und es gefällt uns, daß gerade der konservative Präsident sie für nöthig gehalten hat. Die der Konstatierung der Beschlußunfähigkeit vorangegangene Beratung über den Tabakzoll hat nach Lage der Sache nur einen akademischen Werth. Immerhin hat sich gezeigt, daß ein sehr ansehnlicher Bruchtheil des Reichstages, vielleicht die Mehrheit (heute wenigstens war sie es) bereit ist, den Tabakzoll von 85 auf 125 M. zu erhöhen, um die Noth der pfälzischen Tabakbauer zu beseitigen. Indessen scheint uns das letzte Wort in dieser Sache noch lange nicht gesprochen zu sein, und es ist von Werth, daß der Zentrumsabgeordnete Orterer mit liberalen Rednern in der Erwägung übereinstimmte, ob dieser unzweifelhaft vorhandenen Noth nicht besser durch eine andere Regelung der Steuer als durch eine Erhöhung des Zolls abgeholfen werden könnte. Wenn die Wahl freisteht zwischen diesen beiden Mitteln, dann verdient die Ermäßigung der Tabaksteuer vor der Erhöhung des Tabakzolls doch wohl den Vorzug. Von dieser Erhöhung hätten wir Alle durch Vertheuerung unserer Zigarren den Nachtheil, während der Vortheil für die pfälzischen Tabakbauern problematisch bliebe; umgekehrt würde bei jener Ermäßigung ein unmittelbarer Vortheil sowohl für die Pflanzler wie für uns als Konsumenten herauspringen. Nach den Erklärungen des Schatzsekretärs scheint es freilich, als ob die verbündeten Regierungen eher in die Erhöhung des Tabakzollses als in die Herabsetzung der inländischen Tabaksteuer willigen würden. — Ueber die Verhandlungen mit dem Herzog von Cumberland sieht man noch immer nicht klar. Feststeht nur dies Eine, daß die braunschweigische Thronfolgefrage nicht in den Kreis der Verhandlungen einbezogen worden ist. Die betreffende Mittheilung der „Kreuzztg.“ war also unrichtig. Wenn trotz des Ausscheidens der braunschweigischen Frage eine Verständigung mit dem Herzog erfolgt ist oder sicher erfolgen wird, so könnte man in dieser Sache einen umso größeren Erfolg der preussischen Regierung erblicken. Angenommen nämlich muß doch werden, daß die Aufhebung der Beschlagnahme des Welfenfonds, wie sie jetzt offiziös in Aussicht gestellt wird, nicht erfolgt sein würde, wenn der Herzog nicht die Bürgschaften gegeben hätte, die auch früher schon von ihm verlangt worden sind. Nun weiß aber andererseits die „Hannoversche Post“, die sich bisher über den Stand der Verhandlungen als unterrichtet erwiesen hat, mitzutheilen, daß in politischer Beziehung von welfischer Seite nichts eingeräumt und nachgegeben worden sei. Möglich, daß diese Darstellung nur ein Pflaster auf die Empfindlichkeit der welfischen Parteigänger sein soll. Die Aufklärung wird dem Lande wohl nicht allzu lange vorenthalten bleiben. Ist erst einmal das Abkommen mit dem Cumberland fertig, dann kann die Ausarbeitung der betreffenden Vorlage an das Abgeordnetenhaus keine Mühe machen und nicht einmal Zeit kosten. Wir haben somit die angenehme Aussicht auf einen wichtigen Beschluß, den Abgeordnetenhaus und Herrenhaus mit unbedingter Einstimmigkeit fassen werden.

— Nach den bestehenden Bestimmungen dürfen Frauen weder als Studierende aufgenommen noch als Gasthörerinnen zu den Universitäts-Vorlesungen zugelassen werden. Es ist in Frage gekommen, ob und inwieweit eine Abänderung dieser Bestimmungen rathsam erscheint. Der Kultusminister hat deshalb, wie der „Reichsanz.“ mittheilt, die Universitäts-Kuratoren erjucht, sowohl die akademischen Senate wie die einzelnen Fakultäten über diese Frage zu hören und ihm deren Berichte mit eigenen gütachtlichen Beurtheilungen alsbald einzureichen.

Wiesbaden, 9. März. Wie der „Rhein. Kur.“ erfährt, dürfte der Kriegsminister von Falkenhorn = Staßburg, der völlig wiederhergestellt sei, zu Ende dieser Woche nach Berlin zurückkehren.

Aus Baden, 8. März. In einer Landesversammlung der nationalliberalen Partei Badens haben sich am Sonntag die hervorragenden Führer aus allen Landestheilen in schärfster Weise unter stürmischem Beifalle gegen die reaktionäre Wendung der Dinge in Berlin ausgesprochen. Ehard-Mannheim und Professor Mayer-Heidelberg hoben hervor, es sei die Pflicht der Partei des Reiches, auf Entschiedenheit gegen die jetzigen politischen Maßnahmen der preussischen Regierung zu protestiren. Die Partei müsse sich offen als Oppositionspartei bekennen, und der Kampf des liberalen Bürgerthums um die idealen Güter des deutschen Volkes gegen die Reaktionäre und den römischen Klerus sei energisch aufzunehmen.

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien, 9. März.** Die Saluta-Enquete-Kommission vernahm in ihrer heutigen Sitzung die drei Mitglieder des böhmischen Landtages Bondy, Graf und Mattusch. Dieselben sprachen sich übereinstimmend für die Goldwährung, für die Beibehaltung des Courantfußes und für Staatskassencheine aus, wobei Bondy eine periodische legislative Feststellung des Quantums, Mattusch als Höchstbetrag 120 Millionen in Stück von fünfzig Gulden empfahlen und Graf zwischen den gemeinfamen und zisleithanischen Staatskassenscheinen unterschied. Was die Werthrelation angeht, so will Bondy solche nicht unter 80 und nicht über 84 Prozent, während Graf den Durchschnittsurs der drei letzten Jahre, Mattusch denjenigen der Jahre 1888, 1889 und 1890 empfahlen. Alle drei Landtagsmitglieder sprachen sich für den halben Gulden als Münzeinheit aus, die eventuell „Krone“ genannt werden soll. Im weiteren Verlaufe der Beratungen sprachen sich ferner die Exzellenzen Bunzl, Dimer, Dub, Dutschka sämtlich für die Goldwährung aus. Während indes Bunzl und Dub die Beibehaltung des Umlaufs des bereits geprägten Courant-Silberguldens befürworteten und Dimer wünschte, daß nur bis zu einem beschränkten Betrage Zahlungen in Silber geleistet werden dürfen, erklärte sich Dutschka grundsätzlich gegen jede Ausprägung von Silber-Courantmünzen.

Frankreich.

* Die französische Presse beschäftigt sich noch weiterhin lebhaft mit den gegen deutsche Blätter eingeleiteten Prozessen wegen angeblicher Majestätsbeleidigung. Der „Köln. Ztg.“, die sich auch in Frankreich verdienstermaßen einer sehr geringen Achtung erfreut, wird die Anklage noch am meisten gegönnt wegen ihrer gehässigen und kleinlichen Tendenz und ihrer sonstigen bekannten „lößlichen“ Eigenschaften. So schreibt z. B. der „Parti National“:

„Als Berufsgeoffenen mögen wir bedauern, daß die Pressefreiheit durch ein vielleicht allzu stürmisches Vorgehen der Gerichtsbehörden jenseits der Vogesen beeinträchtigt, wenn nicht vergewaltigt wird. So thut es uns leid, daß die „Frankfurter Zeitung“ von ähnlichen Verfolgungen betroffen wird. Denn, von einigen Federentgleisungen abgesehen, die man ihm vielleicht in Anbetracht seiner schwierigen Stellung vergeben kann, hat dieses Blatt uns gegenüber fast stets einen Geist der Duldsamkeit und Billigkeit bewiesen, und das ist in Zeiten des zum äußersten gesteigerten germanischen Chauvinismus keine Kleinigkeit. Das Unglück der „Kölnischen Zeitung“ dagegen ruht uns viel weniger, wir können selbst sagen, daß es uns gleichgültig läßt. Zwanzig Jahre lang hat sie in Europa dem Herrn v. Bismarck als Loophole gedient. Zwar stand sie darin nicht allein, aber von allen, die dieses traurige Handwerk betrieben, war keine höhere, hochmüthiger, ruhmrädiger. Wir Franzosen insbesondere haben die schlimmsten Beleidigungen von ihr erfahren. Es giebt keinen unschuldigen Spott, keinen heissen Hohn, keine giftige Ironie, die sie uns erspart hätte. Es giebt keine schmähschen Lügen, keine perfiden Verdächtigungen, keine niedrigen Verleumdungen, zu denen sie nicht gegriffen hätte, um unsern Kredit zu schaden oder unsern guten Ruf zu vernichten. Und wenn sie ihr unedliches Ziel nicht erreicht hat, so lag das nur daran, daß es ihre Kräfte überstieg. Das abscheuliche Blatt vom Ufer des Rheins wird sich also jetzt vor dem Richterstuhl wegen seiner „unerbittlichen“ Bemerkungen über die Rede des Kaisers zu verantworten haben. Das ist nicht zu bedauern. Wir sehen darin nur eine der häufigen und sehr reichen Wendungen der irdischen Dinge. Als Herr v. Bismarck in seiner Allmacht an allen Ecken und Enden Deutschlands die Angriffe auf seine Person verfolgen ließ, da jubelte die „Kölnische Zeitung“. Allerdings, jene Blätter, die damals mit den Gerichten zu thun hatten, waren katholische, fortschrittliche, polnische, sozialistische, also Feinde. Daher Peter über sie! Aber in ihrem Bismarckischen Putschsinn hatte die alte Zeitung, eine wie gute Lateinerin sie auch ist, doch das Sprichwort vergessen hodie mihi, cras tibi! Und diese unheilvolle Achtlosigkeit rächt sich jetzt an ihr.“

Die „Köln. Ztg.“, die diese Auslassung selbst mittheilt, begeht damit eine große Unvorsichtigkeit, denn jedes Wort, was über sie darin gesagt ist, trifft in jeder Hinsicht den Nagel auf den Kopf.

* **Paris, 9. März.** Dem Vernehmen nach wird die Regierung einem eventuellen Antrage von Deputirten, ein besonderes Kolonial-Ministerium zu errichten, nicht entgegenzutreten. — Der Municipalrath hat den autonominischen Sozialisten Sauton zum Präsidenten gewählt. — Eine Anzahl von ungefähr 40 radikalen Deputirten beschloß im Prinzip, eine neue Gruppe zu bilden, die den Namen „radikal-sozialistische Gruppe“ führen soll.

Parlamentarische Nachrichten.

— Der Gesetzentwurf, betreffend Unterstützung von Familien der zur Friedensübung einberufenen Mannschaften kommt nicht zu Stande. Die Schuld hieran liegt nicht an dem Reichstag, sondern an der Regierung, welche der „Frei. Ztg.“ zufolge Widerspruch erhebt gegen die Fassung, welche die Budgetkommission einmüthig dem Gesetzentwurf gegeben hat. Die Kommission beschloß nämlich am Dienstag in zweiter Beratung, daß aus Reichsmitteln allen Familien ohne Rücksicht auf Bedürftigkeit auf Antrag eine tägliche Unterstützung zu gewähren ist, welche betragen soll: a) für die Ehefrau 30 Proz. des ortsüblichen Tagelohns, b) für jede der sonst unterstützungsberechtigten Personen 10 Proz. des ortsüblichen Tagelohns, mit der Maßgabe, daß der Gesamtbetrag der Unterstützung 60 Proz. des Betrages des ortsüblichen Tagelohns nicht übersteigt.

Nach dem ursprünglichen Gesetzentwurf der Regierung sollte die Unterstützung nur gewährt werden im Bedarfsfall, und zur Hälfte aus Reichsmitteln, zur Hälfte aus Kommunalmitteln bestritten werden. Auch waren die Unterstützungsgelder sehr dürftig bemessen nach Maßgabe der Sätze, welche für die Unterstützung im Mobilmachungsfall gelten.

Die Regierung berechnete den Aufwand des Reiches nach ihrem Gesetzentwurf auf jährlich 270 000 M. Den Aufwand des Reiches nach Maßgabe der Kommissionsbeschlässe schätzte die Regierung auf 1½ bis 2 Millionen Mark jährlich. Eine solche Summe aufzubringen, ist nach der Erklärung der Regierung das Reich nicht im Stande. Es wurde auch von der Regierung geltend gemacht, daß das neue Unterstützungssystem für die Friedensübungen auf ein ähnliches Unterstützungssystem im Mobilmachungsfall nach sich ziehen müsse und daß alsdann die Kosten der Unterstützung der Reservisten und Landwehrfamilien für einen Krieg von der Dauer des letzten sich auf 400–500 Millionen M. belaufen würden. In der Kommission wurde die Folgerichtigkeit bestritten, daß das, was hier für den Friedenszustand gelte, auch für den Kriegszustand eingeführt werden müsse.

Telegraphische Nachrichten.

Mannheim, 9. März. Auf der Station Godelau der Riedbahn stieß ein von Mannheim kommender Güterzug auf einen rangirenden Güterzug. Sechs Personen wurden verletzt, zum Theil schwer. Die Ursache des Unfalls ist unbekannt, der Schaden an Material bedeutend.

Stuttgart, 9. März. Der General der Infanterie zur Disposition Frhr. v. Starkloff ist heute früh im Alter von 81 Jahren gestorben.

Karlsruhe, 9. März. [Landtag.] Die Zentrumsparthei brachte einen Antrag auf Abänderung des Gesetzes von 1860 ein, wonach religiöse Orden nicht ohne Genehmigung der Regierung eingeführt und einzelne Anstalten der eingeführten Orden nicht ohne Genehmigung errichtet werden dürfen. An Stelle der Genehmigung soll die Anzeigepflicht treten. Ferner wird die Aufhebung des Gesetzes von 1872 gefordert, wonach die Abhaltung von Missionen und die Anstalten in der Seelsorge durch Mitglieder nicht eingeführter Orden verboten ist.

München, 9. März. Den „Neuest. Nachr.“ zufolge ist der Münchener, zuletzt in Kelheim lebende Thiermaler Benno Adam dortselbst gestorben.

Rom, 9. März. (Deputirtenkammer.) In Beantwortung der Anfrage des Deputirten Bugliese bezüglich der der Einfuhr italienischer Weine in Deutschland entgegenstehenden Schwierigkeiten erklärte der Ministerpräsident di Rudini, in Folge der von der italienischen Regierung unternommenen Schritte hätte die deutsche Regierung zugestimmt, dem Bundesrathe Vorschläge zu machen, die geeignet seien, die Uebelstände, die sich herausgestellt, zu beseitigen. Bugliese erklärte sich durch diese Antwort nicht zufriedengestellt und kündigte die Absicht an, seine Anfrage in eine Interpellation umzuwandeln. Er behalte sich vor, nachzuweisen, daß die Beschwerden der italienischen Produzenten begründet seien. Die Kammer nahm sodann die Beratung des richtiggestellten Budgets wieder auf.

Madrid, 9. März. Nach hier eingegangenen Nachrichten haben in ganz Spanien Ueberschwemmungen stattgefunden, welche beträchtlichen Schaden angerichtet haben. Namentlich sind der Guadalquivir und der Tago in heftiger Weise gestiegen.

Cadix, 9. März. Der Anarchistenprozeß hat heute begonnen. Die Gendarmerie zerstreute die Anhangsleute von Menschen vor dem Justizpalaste, welche riefen: „Es lebe die Anarchie.“ Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Bukarest, 9. März. Die Deputirtenkammer wählte heute den General Mano mit 115 Stimmen zum Präsidenten; 31 Stimmzettel waren unbeschrieben. Zu Vize-Präsidenten wurden gewählt Pogor, Pucelesco, Sturdza Scheiano, Alexander Catargi.

Athen, 9. März. Gutem Vernehmen nach hat die Regierung beschlossen, die Kammer nicht aufzulösen, sondern derselben nach Ablauf der Vertagungsfrist ein bedeutend herabgesetztes Budget vorzulegen.

Belgrad, 9. März. Wie verlautet, empfiehlt der Klub der Radikalen folgende Umbildung des Kabinetts: Pasie Präsidium und Neuförse, Tauschanovic Inneres, Mika Giorgievic Justiz, Vuic, welcher sich mit Tauschanovic verlobt hat, Finanzen, Pera Belimirovic Bauten, Jevrem Belimirovic Krieg, Andra Nolic Kultus und Unterricht, im Nichtannahmefalle solle Professor Lazarovic oder Angielovic das Unterrichtsministerium übernehmen. Die Ernennung des Kabinetts wird heute erwartet.

Sofia, 9. März. Die Regierung ersuchte die Pforte um Genehmigung der Ernennung des bisherigen bulgarischen Agenten in Belgrad, Dimitrow, zum diplomatischen Agenten Bulgariens in Konstantinopel.

Angekommene Fremde.

Voten, 10. März.

Mylius Hotel de Dresde (Fritz Bremer). Amtsrath Caffa a. Ottorowo, die Rittergutsbesitzer Major von Treslow a. Wierzonta, Major Endel a. Rietz, Frhr. v. Massenbach a. Schloß Binne, v. Ofowski a. Studzina, v. Wogromski u. v. Jalsowski a. Polen, Nikolai a. Plotnik, Landwirth Jaks a. Schneidemühl, Ingenieur Vennart a. Hagen, Fabrikant Maager a. Hamburg, die Kaufleute Sand a. Berlin, Kowalski a. Stettin, Rutezky a. Wien, Streese a. Breslau, Ebert a. Lissa.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Die Kaufleute Beck a. Straßburg, Kraag, Schulze u. Canzler a. Berlin, Haag u. Becker a. Pforzheim, Tuchscherer a. Zittau, Rahn a. Gellbronn, Kret a. Albstadt, Joesten a. Fraulautern, Herz u. Wilson a. Köln a. Rhein, Bloch a. Hensburg, Israels a. Wener, Tamborini a. Magdeburg, Knorr a. Braunschweig, Säger a. Nassau, Fabrikant Bürgel a. Wüstegiersdorf, Frau von der Beck a. Wloclawek.

Grand Hotel de France. Die Rittergutsbesitzer Fürst Sulowski a. Neisse, Dr. v. Dziembowski a. Kolatowo, v. Gozimirski u. Frau a. Marcinowo, v. Brzeski a. Cieslin, v. Krzyztoporski a. Dobczyn, v. Niezchowski u. Frau a. Bylic, v. Niezchowski u. Frau a. Grancowo, v. Chelmicki a. Jakszewo, Dzwiniński a. Dzwicim, v. Palisjewski a. Gembic, die Kaufleute Griebant a. Bordeaux, Głowacki a. Lipowo, Rentier Toporski a. Bistupice.

Georg Müller's Hotel. Altes Deutsches Haus. (R. Heyne.) Die Kaufleute Giesing a. Köln, Stummer u. Wels a. Breslau, Rastner u. Küster a. Stettin, Mander a. Berlin, Gutsbesitzer Wilkowski a. Warschau, Ingenieur Müban a. Bromberg, Techniker Fröblich a. Gleiwitz, Fabrikant Sellmann a. Danzig.

Hotel Bellevue. H. Goldbach. Die Kaufleute Schüller a. Berlin, Maas a. Frankfurt a. M., Teubner a. Dresden, Viesenberg a. Halle a. S., die Volkereitersche Pflanze a. Berlin, Schött a. Reyd, Versicherungs-Inspektor Chlomer a. Welschen.

J. Graetz's Hotel „Deutsches Haus“ vormals Langner's Hotel. Brenner-Verwalter Mantowski a. Waldau, Gutsbesitzer Reize a. Clupp, Inspektor Krüger a. Rabno, die Kaufleute Habicht a. Zlunau i. Thür., Schulze a. Breslau, Richter a. Berlin, Förster a. Burg a. Magdeburg, Blumann a. Frankfurt a. M., Jacobowitz a. Ostrowo u. Brann a. Kopen, Wirtschaftspräsident Potworowski m. Tochter a. Chrapysko, Fabrikbesitzer Bohrmann u. Fabrikant Frank a. Nürnberg.

Theodor Jahns Hotel garni. Die Kaufleute Gienja a. Coburg, Marian a. Frankfurt a. M., J. Nabel a. Hamburg, Nordhausen a. Berlin, Rimbach a. Leipzig, Fabrikant Weber a. Spitzlunersdorf, Subdirektor Klemmchen a. Neudamm, Gutsbesitzer Lange a. Kiez, Sergeant Schmidt u. Frau a. Polen, Kaufmann Zwiener a. Böhm. Altsa, Menczarska u. Schwester a. Thorn.

Handel und Verkehr.

* **Newhork, 8. März.** Die Börse eröffnete durchweg sehr unregelmäßig, später kam eine schwache Tendenz zum Durchbruch, welche bis zum Schluß andauerte und zu Kursermächtigungen

führte. Der Umsatz der Aktien betrug 374 000 Stück. Der Silbervorrath wird auf 3 600 000 Unzen geschätzt. Silberverkäufe fanden nicht statt.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März 1892.

Datum.	Barometer auf 0 Gr. red. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cel. Grad.
9. Nachm. 2	750,0	D. schwach	trübe	+ 1,8
9. Abends 9	747,1	D. schwach	trübe	+ 1,5
10. Morgs. 7	746,9	S. leiser Zug	bedeckt	1) — 1,8

1) Fröh. Nebel.

Am 9. März Wärme-Maximum + 1,0° Cel.

Am 9. März Wärme-Minimum — 3,0°

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 9. März Morgens 2,34 Meter.

„ „ 9. „ Mittags 2,34 „

„ „ 10. „ Morgens 2,22 „

Produkten- und Börsenberichte.

Fonds-Kurze.

Breslau, 9. März. Nachgesend. Neue 3proz. Reichsanleihe 84,70, 3½proz. L.-Pfundbr. 96,95, Konf. Türken 18,90, Tür. Loose 77,75, 4proz. ung. Goldrente 92,10, Bresl. Diskontobank 92,50, Breslauer Wechselbank 94,25, Kreditaktien —, Schlej. Bankverein 109,25, Donnersmarckhütte 76,25, Flöthel Maschinenbau —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 121,00, Oberschles. Eisenbahn 52,50, Oberschles. Portland-Zement 96,00, Schlej. Cement 128,00, Oppeln. Zement 97,25, Schlej. Dampf. C. —, Kramsta 118,25, Schlej. Zinkaktien 189,50, Laurahütte 101,65, Verein. Delfabr. 89,00, Oesterreich. Banknoten 172,10, Russ. Banknoten 206,75, Gieseler Cement 102,00.

Frankfurt a. M., 9. März. (Schlußkurse.) Schwach. Lond. Wechsel 20,41, 4proz. Reichsanleihe 106,75, österr. Silberrente 80,80, 4½proz. Papierreente 81,20, do. 4proz. Goldrente 94,90, 1860er Loose 123,70, 4proz. ung. Goldrente 92,00, Italiener 88,10, 1880er Russen 92,75, 3. Orientanl. 65,75, unifiz. Egypter 96,30, konv. Türken 18,90, 4proz. türk. Anl. 83,00, 3proz. port. Anl. 27,70, 5proz. serb. Rente 79,40, 5proz. amort. Rumänier 97,00, 6proz. konf. Mexik. 80,302, Böhm. Westb. 299, Böhm. Nordbahn 156½, Franzosen 244½, Galzler 181½, Gotthardbahn 134,10, Lombarden 72½, Lübeck-Büchen 146,00, Nordwestbahn 1,79½, Kreditaktien 262½, Darmstädter 123,30, Mitteld. Kredit 96,00, Reichsb. 147,70, Disk. Kommandit 181,40, Dresdner Bank 133,00, Pariser Wechsel 81,025, Wiener Wechsel 171,90, serbische Tabakrente 79,50, Bochum. Gußstahl 108,40, Dortmund. Union 53,00, Harpener Bergwerk 137,00, Silbernia 123,10, 4proz. Spanier 59,10, Mainzer 111,80.

Privatdiskont 1½ Proz. Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 263, Disk.-Kommandit 181,70, Bochumer Gußstahl —, Harpener —, Lombarden —, Staatsbahn —, Nordb. Lloyd —.

Paris, 9. März. Unentchieden. Günstige Strömung auf Hausse in Italienern, in welchen umfangreiche Rückkäufe stattfanden. Auch Spanier animierter. Türkenwerthe fest. Rio gedrückt, Parquetwerthe nach vorübergehender Ermattung fest schließend. Rente durch Realisirungen gedrückt. 3proz. amortisirte Rente 97,65, 3proz. Rente 96,90, 4½proz. Anl. 105,20, Italiener 87½, 5proz. Rente 88,60, österr. Goldr. 95½, 4½proz. ungar. Goldr. 9½, 3. Orient-Anl. 66,50, 4proz. Russen 1889 93,80, Egypter 487,18, konv. Türken 19,40, Türkenloose 73,50, Lombarden 202,50, do. Prioritäten 297,00, Banque Ottomane 540,00, Panama 5proz. Obligat. 19,00, Rio Tinto 441,25, Tab. Ottom. 360,00, Neue 3proz. Rente 96,00, 3proz. Portugiesen 27½, Neue 3proz. Russen 76,18.

Petersburg, 9. März. Wechsel auf London 98,05, Russ. II. Orientanleihe 102, do. III. Orientanleihe 102½, do. Bank für auswärtigen Handel 267½, Petersburger Diskontobank 544, Warschauer Diskontobank —, Petersb. internat. Bank 460, Russ. 4½proz. Bodentredit-Pfandbriefe 149½, Große Russ. Eisenbahn 252, Russ. Südwestbahn-Aktien 114½, Privatdiskont 4½.

London, 9. März. (Schlußkurse.) Fest. Engl. 2½proz. Consols 96, Preuss. 4proz. Consols 105, Italien. 5proz. Rente 87½, Lombarden 8½, 4proz. 1889 Russen II. Serie 93½, konv. Türken 19½, österr. Silber. 80, österr. Goldrente 95, 4proz. ungar. Goldrente 91, 4proz. Spanier 59½, 3½proz. Egypter 90½, 4proz. unifiz. Egypter 96, 4proz. gar. Egypter —, 4½proz. Tribut-Anl. 95, 6proz. Mexik. 81½, Ottomane 11½, Suezkanal —, Canada Pacific 91½, De Beers neue 14½, Bladistfont 1½.

Rio Tinto 17½, 4proz. Rupees 70½, 5proz. Argent. Gold-Anleihe von 1886 63½, Argentin. 4½proz. äußere Goldanleihe 31, Neue 3proz. Reichsanleihe 84, Silber 41½.

Rio de Janeiro, 8. März. Wechsel auf London 11½.

Buenos-Ayres, 8. März. Goldagio 243

Produkten-Kurze.

Köln, 9. März. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loco 23,00, do. fremder loco 23,50, v. März 20,75, v. Mai 20,90. Roggen hiesiger loco 23,00, fremder loco 24,75, v. März 21,90, v. Mai 21,90. Hafer hiesiger loco 15,00, fremder —. Rübsöl loco 59,00 v. Mai 56,30, v. Oktober 55,90. — Wetter: Schön.

Bremen, 9. März. (Kurse des Effekten- u. Waller-Vereins, 5proz. Nordb. W. Aktien- u. Rammgarn-Spinnerei-Aktien — Br., 5proz. Nordb. Lloyd-Aktien 93½, bez.)

Bremer, 9. März. (Börsen = Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notiz der Bremer Petroleum-Börse.) Fasszollfrei. Still. Loko 6,35 Br.

Baumwolle. Schwach. Upland middl., loco 36 Pf., Upland Bafis middl., nichts unter low middl., auf Terminlieferung, März 35½ Pf., April 35½ Pf., Mai 36½ Pf., Juni 36½ Pf., Juli 36½ Pf., August 37 Pf.

Schmalz. Fest. Wilcox 35½ Pf., Armour 35½ Pf., Robe — Pf., Fairbanks 31½ Pf.

Wolle. 147 Ballen Cap, — Ballen Natal, — Ballen Buenos Ayres, — Ballen Austral, 19 Ballen Kammlinge.

Speck short clear middl. Rubig. 33½ Br.

Hamburg, 9. März. Getreidemarkt. Weizen loco rubig, holl. loco neuer 206–213. — Roggen loco rubig, meckl. loco neuer 214–218, russ. loco rubig, neuer 186–188 nom. Hafer rubig. Gerste rubig. Rübsöl (unverz.) rubig, loco 56,00. Spiritus matt, per März-April 33½ Br., v. April-Mai 33½ Br., per August-Sept. 34½ Br., per Sept.-Okt. 34½ Br. — Raffee rubig. Umsatz 1500 Sad. — Petroleum rubig. Standard white loco 6,25 Br., p. Aug-Sept. 6,25 Br. — Wetter: Schön.

Hamburg, 9. März. Kaffee. (Wachstagsbericht.) Good abey-cage Santos per März 67½, per Mai 67½, p. Juli —, pr. Sept. 65½, p. Dez. —. Rubig.

Hamburg, 9. März. Zudermarkt (Schlußbericht.) Rüben-Rohzuder I. Produkt Bafis 88 pCt. Rendement neue Unce, frei an Bord Hamburg v. März 14,22½, v. Mai 14,52½, v. August 14,87½, v. Oktober —. Rubig.

Peft, 9. März. Produktenmarkt. Weizen loco behauptet, pe

Frühjahr 10,13 Gd., 10,15 Br., per Mai-Juni 10,12 Gd., 10,14 Br., p. Herbst 9,23 Gd., 9,25 Br. Safer p. Frühjahr 5,78 Gd., 5,81 Br. Neu-Mais p. Mai-Juni 5,26 Gd., 5,28 Br. Kohlraps p. Aug.-Sept. 13,30 Gd., 13,40 Br. - Wetter: Schön.

Paris, 9. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen matt. p. März 25,30, p. April 25,70, p. Mai-August 26,40, p. Sept.-Dez. - Roggen matt, per März 19,10, per Sept.-Dez. - Weizen matt, p. März 54,20, p. April 55,00, p. Mai-August 56,50, p. Sept.-Dez. - Weizen träge, p. März 54,50, p. April 55,00, p. Mai-August 56,25, p. Sept.-Dez. 57,75. Spiritus behauptet, p. März 46,75, p. April 45,25, p. Mai-August 44,75, p. Sept.-Dez. 40,75. - Wetter: Schön.

Paris, 9. März. (Schlußbericht.) Rohzucker behauptet, 88 pCt. 38,75. Weißer Zucker fest, Nr. 3 per 100 Kilogramm p. März 39,87 1/2, p. April 40,25, p. Mai-August 40,87 1/2, p. Okt.-Jan. 36,25.

Savre, 9. März. (Telegr. der Hamb. Firma Beilmann, Biegler u. Co.) Kaffee in New York schloß mit 10 Points Baiffe. Rio 9000 Cads, Santos 5000 Cads, Recettes für gestern.

Savre, 9. März. (Telegr. der Hamb. Firma Beilmann, Biegler u. Co.), Kaffee, good average Santos, p. März 91,25, p. Mai 87,00, p. Sept. 83,00. Behauptet.

Antwerpen, 9. März. Wolle. (Telegr. der Herren Wilkens u. Comp.) Wolle. La Plata - Zug, Type B, per April 4,20, Juli 4,27 1/2, August 4,30, Oktober 4,35 Verkäufer.

Antwerpen, 9. März. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loco 14 1/2 bez. u. Br., p. März 14 1/2, Br., p. April 15 1/2, Br., p. Sept.-Dez. 15 1/2, Br. Ruhig.

Amsterdam, 9. März. Getreidemarkt. Weizen auf Termine unverändert, p. März 230, p. Mai 238. - Roggen loco geschäftlos, do. auf Termine fest, per März 219, per Mai 226. Raps per Amsterdam, 9. März. Bancazinn 53 1/2.

Leith, 9. März. Getreidemarkt. Markt stetig, aber doch sehr ruhig. Preise nominell, unverändert.

Glasgow, 9. März. Rohzucker. (Schluß.) Mixed numbers warrants 40 lb. 4 1/2, d. a 40 lb. 7 d.

London, 9. März. 96 pCt. Tabakzucker loco 15 1/2, ruhig. Rüben-Rohzucker loco 14 1/2, fest.

London, 9. März. Silber-Kupfer 45 1/2, per 3 Monat 46.

London, 9. März. Getreidemarkt. (Anfangsbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 15 320, Gerste 18 460, Hafer 19 780 Qrt.

Weizen und Mehl ruhiger, Gerste fest, Hafer fest, 1/4 lb. höher. Verkäufer. Mais stetig. Schwimmende Getreide ruhig. - Wetter: Nachtfrost.

London, 9. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen sehr ruhig, englischer knapp, für fremden Käufer zurückhaltend, Mehl geschäftlos, Gerste stetig, Hafer und Mais fest, ruhig. Ungelommene Weizenladungen geschäftlos, Preise nominell. Schwimmender Weizen schwach, Käufer halten sich vom Markt zurück, atlantische wenig gedrückt, schwimmende Gerste ruhig, aber stetig, für schwimmenden Mais mitunter besserer Begehr.

Liverpool, 9. März. Baumwolle. (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umlauf 8 000 Ballen. Mäßige Nachfrage. Tagesimport 11 000 Ballen.

Liverpool, 9. März. Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umlauf 10 000 B., davon für Spekulation u. Export 2500 Ballen. Ruhig.

Wibbl. amerikan. Lieferungen: März-April 3 3/4, Verkäuferpreis, April-Mai 3 1/4, Käuferpreis, Mai-Juni 3 1/4, do., Juli-Aug. 3 3/4, Käuferpreis, August-Sept. 3 3/4, do., Sept.-Okt. 3 1/4, do., Okt.-Nov. 3 3/4, do., Verkäuferpreis.

Chicago, 8. März. Weizen p. April 88 1/2, p. Juni 88 1/2, Mais p. Mai 42 1/2, Speck short clear 6,25. Vork p. März 10,87.

Weizen schloß fest auf Dedungen der Baifepartei und Käufe der Hauspartei. Mais schwächte sich nach Eröffnung etwas ab, später erholt, Schluß stetig.

New York, 9. März. (Anfangsbericht.) Petroleum Pipeline certificates per April 59 1/2. Weizen per Mai 100 1/4.

New York, 8. März. Waarenbericht. Baumwolle in New York 7, do. in New Orleans 6 1/2. Raff. Petroleum Standard white in New York 6,40 Gd., do. Standard white in Philadelphia 6,35 Gd. Rohes Petroleum in New York 5,70, do. Petroleum Certificates p. April 59 1/2. Ruhig, fest. Schmalz loco 6,72, do. Rohe u. Brothens 7,00. Zucker (Fair refining) Auscobados 3, Mais (New) p. April 49 1/2, p. Mai 49 1/2, p. Juni 48. Rother Winterweizen loco 104 1/2. Kaffee Rio Nr. 7, 14 1/2. Mehl (Spring clear) 4 D. Getreidefrucht 4, Kupfer 10,75. Rother Weizen p. März 101 1/2, p. April 101 1/2, p. Mai 99 1/2, p. Juni 97. Kaffee Nr. 7 low ord. p. April 12,02, p. Juni 12,30.

Weizen Anfangs schwach, später erholt, Schluß sehr fest. Mais abgekauft auf große Blancoabgaben der Baifepartei. Der Werth der in der vergangenen Woche ausgeführten Produkte betrug 7 230 530 Dollars gegen 8 255 011 Dollars in der Vorwoche.

New York, 8. März. 250 000 Dollars Gold sind zur Verschiffung nach Europa für morgen bestellt worden.

Berlin, 10. März. Wetter: Schön.

New York, 9. März. Weizen per März 102 C., per April 102 1/2 C.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 9. März. Die heutige Börse eröffnete in weniger fester Haltung und mit zum Theil etwas niedrigeren Kursen auf spekulativem Gebiet. Auch die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten weniger günstig, boten aber in keiner Beziehung besondere geschäftliche Anregung dar.

Hier entwickelte sich denn auch bei großer Zurückhaltung der Spekulation das Geschäft im allgemeinen sehr ruhig, und nur vereinzelte Ultimowerte hatten zeitweise etwas belangreichere Abschlüsse für sich. Im weiteren Verlaufe des Verkehrs traten wiederholt kleine Schwankungen der Tendenz hervor und der Börsenschluß verlief ziemlich fest.

Der Kapitalmarkt bewahrte feste Gesamthaltung für heimische solide Anlagen bei mäßigen Umsätzen; Deutsche Reichs- und Preuss. Anleihen fest und besonders Prozente lebhafter. Fremde, festen Zins tragende Papiere waren zumeist ziemlich behauptet, Ungarische Aprozente Goldrente schwach, Russische Anleihen wenig verändert; Russische Noten im Laufe des Verkehrs etwas abgeschwächt.

Der Privatdiskont wurde mit 3 1/2 Proz. notirt.

Auf internationalem Gebiet gingen österreichische Kreditaktien zu etwas schwächerer und schwankender Notiz mäßig lebhaft um; auch Franzosen nachgebend, Dux-Bodenbach nach fester Eröffnung abgeschwächt; Schweizerische Bahnen fester und mehr beachtet.

Inländische Eisenbahnaktien sehr ruhig und fast unverändert. Bankaktien lagen schwach, auch in den spekulativen Devotion; bei dem Kurse der Diskont-Kommandit-Anteile ist die Abtrennung des Dividendenfusions in Rechnung zu ziehen.

Industriepapiere ziemlich behauptet, aber ruhig; Montanwerthe ruhig; Aktien von Kohlenbergwerken befestigt und zeitweise lebhafter.

Produkten-Börse.

Berlin, 9. März. Die europäischen Märkte waren gestern meist schwach. In Holland verloren die Preise für Weizen und Roggen je 4 fl. New York zeigte eine ziemlich feste Haltung. Die hiesige Getreidebörse setzte heute für Weizen und Roggen billiger ein; einige Dedungsordres besserten vorübergehend die Tendenz, später trat aber Realisationslust in den Vordergrund und auch die Platzspekulation ging mit Abgaben vor, so daß die Preise für beide Sorten auf einem circa 1 Mark ermäßigten Niveau schwankten. Der Verkehr war ziemlich lebhaft. Hafer anfänglich still und unverändert. Später wurden wieder Gerüchte über Aufhebung des Ausfuhrverbots verbreitet, und die Preise ließen wesentlich nach. Mais fast ohne Geschäft. Roggenmehl still und billiger. Mais bei geringen Umsätzen unverändert. Spiritus loco 10 Pf. billiger. Termine waren angeboten und erfuluten bei stillem Geschäft einen stärkeren Rückgang.

Weizen (mit Ausschluß von Hauweizen) p. 1000 Kg. Voto flauer. Termine wenig verändert. Gefündigt - Ton. Ründigungspreis - M. Voto 197-218 M. nach Qualität. Gefertigungsqualität 196 M., per diesen Monat - M., per April-Mai 197-196-196,25 bez., per Mai-Juni 198,75-199-198 bis 198,75 bez., per Juni-Juli 201-200-200,5 bez., per Juli-August 199-199,5 bez.

Roggen per 1000 Kilo. Voto flau. Termine niedriger. Gefündigt 450 T. Ründigungspreis 208 M. Voto 200-208 M. nach Qualität. Gefertigungsqualität - M., inländischer guter 206 ab Bahn bez., per diesen Monat - M., per April-Mai 208,5 bis 209,5-208 bez., per Mai-Juni 206,5-207,5-206,5 bez., per Juni-Juli 205-205,5-204,5 bez., per Juli-August 188,25-188 bis 189-188,25 bez.

Gerste p. 1000 Kilo. Flau. Große und kleine 145-190 M. nach Qual. Futtergerste 146-162 M.

Hafer per 1000 Kilo. Voto Mittelforten flau. Termine niedriger. Gefündigt - Ton. Ründigungspreis - M. Voto 152-175 M. nach Qualität. Gefertigungsqualität 155 M. Pomm., preuß. und schles., mittel bis guter 154-162, hochfeiner 170 bis 171 ab Bahn und frei Wagen bez., p. diesen Monat - M., p. April-Mai 152,5-150,5-151 bez., p. Mai-Juni 153-152 bez., per Juni-Juli 153,5-152,5 bez.

Mais per 1000 Kilogramm. Voto matt. Termine ohne Umlauf. Gefündigt - Ton. Ründigungspreis - M. Voto 136 bis 143 M. nach Qual., per diesen Monat 126 M., per März-April - M., per April-Mai 118,5 M., per Mai-Juni - bez., per Juni-Juli 119 M., per Juli-Aug. - bez.

Erbsen p. 1000 Kilo. Rohwaare 190-240 M., Futterwaare 164-170 M. nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto incl. Sack. Termine niedriger. Gefündigt - Sack. Ründigungspreis - M., per diesen Monat - bez., per April-Mai 28,35-28,4-28,3 bez., per Mai-Juni 28,3-28,2 bez., per Juni-Juli 28,2-28,1 bez., p. Juli-August - bez.

Rübsen p. 100 Kilo mit Sch. behauptet. Gefündigt - B. Ründigungspreis - M. Voto mit Sch. - M., loco ohne Sch. - M., per diesen Monat - M., per März-April - M., per April-Mai 53,5-53,5 bez., per Mai-Juni - bez., per Juni-Juli - M., per Septbr.-Oktober 53,9-53,8-54 bez.

Trockene Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto incl. Sack. Voto 33,00 M. - Feuchte dgl. p. loco 18,50 M.

Kartoffelmehl p. 100 Kilo brutto incl. Sack. Voto 33,00 M.

Petroleum. (Raffinirtes Standard white) p. 100 Kilo mit Sch. in Kisten von 100 Str. Termine - M. Gefündigt - M. Ründigungspreis - M. Voto - M., p. diesen Monat - M., per März-April - M.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Str. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt - Str. Ründigungspreis - M. Voto ohne Sch. 64,4 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Str. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt - Str. Ründigungspreis - M. Voto ohne Sch. 44,9 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Liter à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt - Str. Ründigungspreis - M. Voto mit Sch. - M., per diesen Monat - M., per März-April - bez., per April-Mai 44,9-44,7 bis 44,8-44,6 bez., per Mai-Juni 45,1-45,2-44,9 bez., per Juni-Juli 45,4-45,3-45,5-45,2 bez., per Juli-Aug. 45,8-45,7 bis 45,9-45,6 bez., per August-Sept. 46-45,9-46-45,7 bez., per Septbr.-Oktober 44-43,9-44-43,6 bez., per Oktbr.-Novbr. - M.

Weizenmehl Nr. 00 29,25-27,25, Nr. 0 27,00-25,00 bez. Feine Marken über Notiz bezahlt.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 28,75-27,75 bez., do. feine Marken Nr. 0 u. 1 30,5-28,75 bez., Nr. 0 1 1/2, M. höher als Nr. 0 und 1 pr. 100 Kg. br. incl. Sack.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterl. = 20 M. 1. Doll. = 4 1/4 M. 1. Rub. = 3 M. 26 Pf. 1 fl. südd. Wörrer. = 12 M. 1 fl. W. = 2 M. 1 fl. holl. W. = 1 M. 70 Pf. 1 Frano oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.

Bank-Diskonto. Wechsel v. 9 März.			Ansländische Fonds.			Eisenbahn-Stamm-Aktien.			Eisenbahn-Prioritäts-Obligat.			Hypotheken-Certifikate.		
Amsterdam...	3	8 T. 168,75 bz	Argentin. Anl...	5	37,25 bz u.	Aachen-Mastr...	1	60,10 G.	Albrechtsb. gar...	5	103,10 G.	Danz. Hypoth.-B...	3 1/2	91,10 G.
London...	3	8 T. 20,40 bz	Bukar. Stadt-A...	5	38,75 bz G.	Altobn.-Zeit...	1	178,00 bz G.	Berg-Märkisch...	3 1/2	97,80 G.	Deutsches Hypot...	3 1/2	111,95 G.
Paris...	3	8 T. 81,00 B.	Buen. Air-G-A...	5	29,00 bz G.	Crefelder...	4 1/2	98,75 bz G.	Berl. Potsd.-M...	4 1/2	102,00 G.	Deutsches Hypot...	3 1/2	107,70 G.
Wien...	4	8 T. 171,75 bz	Chines. Anl...	5 1/2	103,40 bz G.	Oreid-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.	Brsl.-Warsch...	4 1/2	102,00 G.	Deutsches Hypot...	3 1/2	107,70 G.
Petersburg...	5	3 W. 26,55 bz	Dän. Sts.-A. 86...	3 1/2	92,25 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.	Czakat.-St.-Pr...	5	102,50 G.	Deutsches Hypot...	3 1/2	107,70 G.
Warschau...	5	8 T. 207,45 bz	Egypt. Anleih...	4	96,50 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.	Dux-BodenbAB...	5	104,00 G.	Deutsches Hypot...	3 1/2	107,70 G.
In Berlin 3. Lomb. 3 1/2 u. 4. Privat. 1 1/2 G.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.	Paul-Neu-Rup...	5	104,00 G.	Deutsches Hypot...	3 1/2	107,70 G.
Geld, Banknoten u. Coupons.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.	Prignitz...	4 1/2	104,00 G.	Deutsches Hypot...	3 1/2	107,70 G.
Souvereigns...			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.	Szatmar-Nag...	5	104,00 G.	Deutsches Hypot...	3 1/2	107,70 G.
20 Francs-Stück...			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.	Dortm.-Gron...	5	104,00 G.	Deutsches Hypot...	3 1/2	107,70 G.
Gold-Dollars...			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.	Marion-Milaw...	5	104,00 G.	Deutsches Hypot...	3 1/2	107,70 G.
Engl. Not. 1 Pfd. Sterl.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.	Neokib. Südb...	5	104,00 G.	Deutsches Hypot...	3 1/2	107,70 G.
Franz. Not. 100 Frs.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.	Oestr. Südbah...	5	104,00 G.	Deutsches Hypot...	3 1/2	107,70 G.
Oestr. Noten 100 fl.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.	Saalbahn...	5	104,00 G.	Deutsches Hypot...	3 1/2	107,70 G.
Russ. Noten 100 R.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.	Weimar-Gera...	5	104,00 G.	Deutsches Hypot...	3 1/2	107,70 G.
Deutsche Fonds u. Staatspap.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
Dtsche R.-Anl.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.						
do. do.			Finl. Anleih...	4	90,20 bz	Ostf.-Uerdng...	4 1/2	98,75 bz G.	</					